



EDITORIAL

AKW Gösgen: Verfahren mit UVEK abgekartet?



Philipp Hadorn
Nationalrat &
Präsident NWA SO

Liebe NWA-Mitglieder,
liebe Gönnerinnen und
Gönner, geschätzte
Leserinnen und Leser

Am 29. September 1978 erhielt das AKW Gösgen die Bewilligung für die Entnahme und Rückgabe von Kühlwasser. Für 40 Jahre.

Mit notwendigem Unterhalt und Anpassungen an den technischen Fortschritt glaubte man damals, die maximale Lebensdauer auf vier Jahrzehnte zu sichern. Technologischer Fortschritt und Investitionsbedarf übertrafen alle Prognosen, Erkenntnisse zu Sicherheitsrisiken wurden erhärtet.

Nun haben Bevölkerung, Regierung und Parlament den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Ende September 2018 klingelte das erwartbare Totenglocklein des «alten und lebenssatten» Reaktors. Noch Mitte September 2018 lag keine neue Konzession vor. Wurde die Ausserbetriebnahme geplant? Spannende Details auf Seite 4.

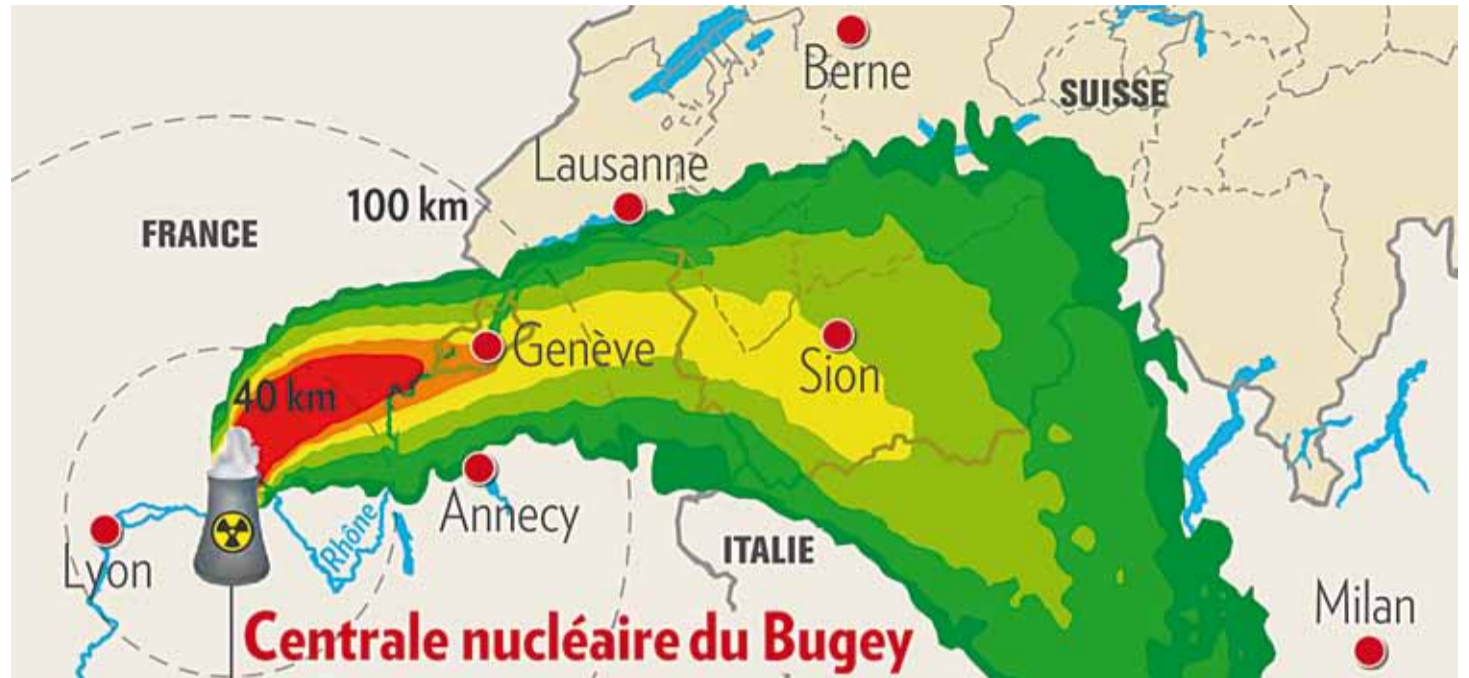
Im Weiteren in dieser Ausgabe:

- NWA Aargau sucht die Super-Idee zu 50 Jahren Beznau 1 (Seite 2)
- Sortir du nucléaire zeigt mit ihrer Fallout-Studie unsere Verletzlichkeit auf (Seite 2)
- Die Renaissance der Windkraft (nebenan) und der Entsorgungsfonds rechnen mit falschen Zahlen zur Kostenteuerung (Seite 4)

Für die Feiertage wünsche ich allen alles Gute – und beim Lesen wachsameres Vergnügen und notwendige Wut!

Herzliche Grüsse

Philipp Hadorn
Philipp Hadorn



Fukushima ante portas: Hier die radioaktive Wolke analog Fukushima bei einem Gau im AKW Bugey bei Genf
■ 100 mSv, ■ 50mSv, ■ 20 mSv, ■ 6 mSv, ■ 1 mSv, ■ 1/3 mSv, mehr darüber auf Seite 2 (Quelle: L'ILLUSTRÉ 41/18)

PETER STUTZ ZU NEUEN ENERGIETRENDS

Renaissance der Windkraft in der Schweiz



Peter Stutz

Die Umsetzung der Energiestrategie 2050 harzt. Leider.

Das Bundesamt für Energie BFE blockiert eigenmächtig den Abbau der Warteliste der Solaranlagen, die auf die kostendeckende Einspeisevergütung KEV warten.

Darum haben wir als NWA die Solar-Befreiungspetition gestartet, die wir einreichen werden, sobald wir 1'000 Unterschriften online und auf Unterschriftenbögen zusammen haben.

Bei der Windenergie lief in der Schweiz fast gar nichts mehr. Ihr Anteil an der Stromproduktion lag 2017 bei erbärmlichen 0,23% der Landesproduktion, gegenüber immerhin 3% Solarstrom. Windstrom wäre aber ganz wichtig für die Schweiz, weil wir nach dem Abschalten der AKW tatsächlich eine Schwäche in der Winterstromproduktion haben werden. Diese könnte mit Windstrom

behooben werden, der vor allem im Winter produziert wird.

Im letzten halben Jahr gab es nun aber vermehrt Anzeichen, dass sich die Windenergie in der Schweiz langsam erholt.

Windparkprojekt auf dem Grenchenberg einen Schritt weiter

Der nationale und der kantonale Vogelschutz ist vor dem Solothurner Verwaltungsgericht abgeblitzt: Ihre Beschwerde gegen das Windparkprojekt auf dem Grenchenberg ist abgewiesen worden. Ihre Anliegen seien umfassend berücksichtigt worden. Nicht genug damit: Der Schweizer Vogelschutz SVS und der Vogelschutzverband des Kantons Solothurn müssen nicht nur die Verfahrenskosten vor Verwaltungsgericht von 5000 Franken übernehmen, sondern den projektführenden Städtischen Werken Grenchen (SWG) für deren Aufwendungen und Verfahrensauslagen eine Entschädigung von 30'000 Franken bezahlen.

Der Gotthard-Windpark wird gebaut

Die Tessiner Regierung gibt grünes Licht für den Bau des Windprojektes am Gott-

hard. Sie hat eine Einsprache der Società Ticinese Arte e Natura (Stan), die Tessiner Heimatschutzvereinigung, gegen die am 9. Juni erteilte Baubewilligung für das Projekt abgewiesen.

Im Rahmen des Windparkprojekts sollen fünf Windenergieanlagen auf dem Gotthardpass aufgestellt werden. Die Gesamtleistung des Windparks wird auf 11.5 MW und die jährliche Produktion auf ca. 20 Mio. Kilowattstunden geschätzt. Damit wird der Gotthard-Windpark den Strombedarf von über 6000 energieeffizienten Haushalten abdecken können, was den Bedarf in den Bezirken Leventina und Blenio sogar übersteigt.

Der Tessiner Heimatschutz verzichtet auf einen Weiterzug des Verfahrens. Die Windenergieanlagen können somit gebaut werden.

Peter Stutz, Copräsident NWA Schweiz

Quellen: Suisse Eole, Urner Wochenblatt, Solothurner Zeitung, Tessiner Elektrizitätsgesellschaft AET

IN KÜRZE

Kleines Jubiläum

Dies hier ist die 20. Nummer des Wende-Blattes, das seit fünf Jahren den NWA-Mitgliedern regelmässig und frei Haus geliefert wird.

Die Redaktion dankt allen Mitgliedern, Spenderrinnen und Spendern für ihre Unterstützung.



Mühleberg-Stillegung wird gefeiert

Save the date:
Auf den 20. Dezember 2019 (!) abends organisiert NWA Schweiz zusammen mit anderen Organisationen das Nachglühfest zur Stilllegung des AKW Mühleberg. Details können wir noch keine bekannt geben, bloss: Es wird sicher Nachglühwein geben!

Man soll die Feste feiern, wie sie fallen: Die erste Stilllegung eines AKW in der Schweiz ist sicher eine Top-Gelegenheit, mit einem vorweihnächtlichen Fest in die besinnliche Zeit zu gleiten.

Wir halten euch informiert unter
<https://nwa-schweiz.ch>

Solarstromproduktion bereits am 12.10.2018 auf 100 TWh

Die Solaranlagen in Europa steuern 2018 auf einen Rekordwert bei der Erzeugung von Solarstrom zu. Am 12.10.2018 wurde gemäss dem Internationalen Wirtschaftsforum Regenerative Energien (IWR) bereits die Marke von 100 TWh Solarstrom überschritten.

113 Mrd. kWh erwartet

Nach einer IWR-Hochrechnung wird die Stromerzeugung aus Solarkraftwerken in den EU-Mitgliedsstaaten im Jahr 2018 voraussichtlich auf 113 TWh steigen, im Vorjahr 104 TWh. Der Landesverbrauch der Schweiz betrug im Jahr 2017 58,5 TWh.



Die Solarbranche schafft Arbeitsplätze. Die Atombranche schafft uns ab.

NWA Aargau

<https://www.nwa-aargau.ch>



NWA Aargau sucht die Super-Idee

Bekanntlich wird das AKW Beznau nächstes Jahr schon 50 Jahre alt. Der Vorstand hat deshalb erste Ideen entwickelt, wie wir auf diesen Missstand aufmerksam machen könnten. Da aber mehr Köpfe in solchen Situationen immer hilfreich sind, laden wir alle NWA-Mitglieder ein, eigene Vorschläge zu machen. Mehr dazu nach zwei News.

Unermüdliche WächterInnen

Seit dem Super-Gau in Fukushima 2011 halten AtomkraftgegnerInnen vor dem Büro des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats (ENSI) in Brugg eine Mahnwache ab. Dies wollen sie so lange tun, bis die AKW Beznau I und II stillgelegt sind. Auch ein zwischenzeitliches Verbot konnte die Aktivistinnen und Aktivisten nicht daran hindern. Am Dienstag, 18. September, feierten die Unermüdlichen ihre 1500. Wache. Stellver-

trehend erhielt Heini Glauser von «Oberst» Martin Vosseler einen Orden «Für den langen Schnauf». Auch NWA Aargau gratuliert der Schwesterorganisation von ganzem Herzen zu ihrer Ausdauer und gemeinsam hoffen wir, dass es keine 2000. mehr brauchen wird. Bis dahin darf man sich jeweils Montag bis Donnerstag von 17-18 Uhr auf der Südseite des Bahnhofs Brugg dazustellen: www.mahnwacheensi.ch.

Aktiv im Nationalrat

Letztes Mal haben wir an dieser Stelle von der Extrawurst für die Durchlaufkühlungen der AKW in Beznau und Mühleberg berichtet, die auch bei hohen Flusstemperaturen weiterlaufen dürfen. In der Zwischenzeit hat unser Mitglied und Nationalrätin Irène Kälin einen Vorstoss in Bundesbern eingereicht, um diese Ausnahmegenehmigung aufzuheben. Wir sind jetzt schon gespannt, mit

welchen Ausflüchten sich die Atomlobby herausreden wird. Wenig Chancen wird leider der Vorstoss unseres Vorstandsmitglieds NR Beat Flach haben: Er hatte eine Gesetzesänderung verlangt, nach der ein AKW nach mehr als zwei Jahren Stillstand seine Betriebsbewilligung verliert. Die zuständige Nationalratskommission hat das Ansinnen mit grossem Mehr versenkt und dies wird wohl auch im Gesamtrat so sein.

Deine Super-Idee

Wie oben angekündigt sind wir auf der Suche nach der besten Idee, wie wir auf den «Unhappy Birthday» des AKW Beznau nächsten Herbst reagieren können. Eure Vorschläge könnt ihr bis Ende Dezember an nwa-aargau@gmx.ch senden. Alle Eingänge werden wir an einer offenen Vorstandssitzung im Januar 2019 besprechen. Wir freuen uns auf eure kreativen Gedanken.

Andreas Fischer, Präsident NWA Aargau



Die 1500. Mahnwache vor dem ENSI in Brugg am 18.9.2018

Allianz Atomausstieg

<https://atomausstieg.ch>



Vulnérabilité extrême de la Suisse: Nouvelle étude scientifique

L'association romande «Sortir du nucléaire» a commandé une étude scientifique qui répond à la question «dans quel sens le nuage de particules radioactives se déplacerait-il en cas de catastrophe nucléaire en Suisse?» La SES, NWA et AEFU sont partenaires pour la diffusion de l'étude en Suisse alémanique. Etat de la situation par Philippe de Rougemont, président de Sortir du nucléaire:

Au lendemain de Fukushima en mars 2011, le Conseil fédéral, suivi par les chambres fédérales et la population (1) décidaient de ne plus construire de nouvelles centrales. Pendant la même période, les autorités japonaises fermaient leurs 43 réacteurs, seuls deux ont redémarré depuis.

Sept années plus tard en Suisse rien n'a bougé, tous les vieux réacteurs nucléaires restent en opération et bénéficient encore de l'officielle «autorisation d'exploitation à durée illimitée». La mémoire est courte et la distraction est puissante.

Le passage des années a affaibli notre prise de conscience sur la vulnérabilité exceptionnelle de la Suisse. Exceptionnelle pour plusieurs raisons: Le territoire du pays est petit et 90% de notre patrimoine agricole, industriel et résidentiel sont concentrés entre le Jura et les Alpes, sur le plateau qui occupe 30% de notre pays. C'est précisément au coeur de ce territoire si densément occupé que les usines nucléaires ont été placées.

Autre facteur de vulnérabilité extrême: autour de notre territoire, il n'y a pas d'océan comme au Japon, il n'y a pas de vastes étendues de forêts peu densément peuplées comme en Biélorussie. Autour de la Suisse, il y a des pays voisins densément peuplés qui seront contaminés en cas d'accident. Ces pays se retourneront contre nous pour exiger des réparations. La Suisse serait alors littéralement à genoux et sa population cherchera une terre

d'asile. Si vous recevez ce journal c'est que vous êtes parfaitement conscient du risque posé par «nos» très vieilles centrales. Mais nos élus et l'opinion publique sont passés à autre chose et les autorités fédérales ne veulent pas réaliser une étude de contamination. Cela démontrerait qu'il est impossible de se protéger en cas d'accident et que le Conseil fédéral joue le pays littéralement à la roulette russe.

L'étude sera rédigée en anglais pour faciliter la lecture scientifique par des pairs puis traduite en français et allemand pour diffusion large, au printemps 2019. Elle montrera que selon le régime des vents, de vastes zones situées bien au-delà du fantaisiste «20km de radius autour des centrales nucléaires impactées» seront lourdement contaminées. L'actuel scénario fédéral en cas de catastrophe nucléaire est basé sur une fiction, celle d'une contamination en cercle parfait depuis la centrale.

Vous en saurez plus au printemps, nous préparons la campagne d'information. D'ici là, un grand merci à NWA pour son soutien!

Philippe de Rougemont

(1) Stratégie énergétique 2050 largement acceptée en 2017

Extreme Verletzlichkeit der Schweiz: Neue wissenschaftliche Studie

Der Verein «Sortir du nucléaire» hat eine wissenschaftliche Studie in Auftrag gegeben, die die Frage beantwortet: «In welche Richtung würde sich die Wolke der radioaktiven Partikeln im Falle einer Atomkatastrophe in der Schweiz bewegen?» SES, NWA und AEFU waren Partner, um die Ergebnisse der Studie in der Deutschschweiz bekannt zu machen. Philippe de Rougemont, Präsident von Sortir du nucléaire, fasst die Sachlage zusammen:

Nach dem Unfall von Fukushima im März 2011 haben Bundesrat, Parlament und Bevölkerung mit der «Energierategie» beschlossen, keine neuen Kraftwerke mehr zu bauen. Damals schalteten die japanischen Behörden alle ihre 43 Reaktoren ab, nur zwei sind inzwischen wieder dauerhaft in Betrieb.

Sieben Jahre nach Fukushima scheint man in der Schweiz schon fast alles wieder vergessen zu haben: Die alten Kernreaktoren bleiben in Betrieb und profitieren immer noch von der offiziell «unbefristeten Betriebsgenehmigung».

Das Gedächtnis ist kurz und die Verdrängung gross. In der Zwischenzeit hat sich das Bewusstsein der aussergewöhnlichen Risiken und der Verletzlichkeit unseres Landes abgeschwächt. Aussergewöhnlich aus mehreren Gründen:

- Das Territorium unseres Landes ist klein und 90% der Landwirtschafts-, Industrie- und Wohn-Fläche konzentriert sich auf das Mittelland, das 30% unseres Landes ausmacht.
- Gerade im Herzen dieses dicht besiedelten Gebietes stehen die Kernkraftwerke.
- Ein weiterer Faktor: Auf unserem Territorium gibt es keinen Ozean wie in Japan, es gibt keine riesigen Weiten dünn besiedelter Wälder wie in Weissrussland.
- In der Schweiz gibt es dicht besiedelte Nachbarländer, die im Falle eines Unfalls ebenfalls verseucht werden. Diese Länder werden von uns Reparationen fordern. Die Schweiz würde buchstäblich auf den Knien liegen und ihre Bevölkerung müsste im Ausland Asyl suchen.

Das Risiko, das «unsere» sehr alten Kraftwerke darstellen, ist riesengross. Aber unsere Parlamentsmitglieder und die meinungsbildenden Medien ignorieren die Gefahren. Und die Bundesbehörden wollen keine Kontaminationsstudie durchführen. Eine solche würde zeigen, dass es unmöglich ist, sich im Falle eines Unfalls zu schützen und dass der Bundesrat Russisches Roulette spielt.

Die Studie wird deshalb aus privaten Mitteln finanziert und zur Erleichterung der Peer-Reviews auf Englisch verfasst. Im Frühjahr 2019 wird sie ins Französische und Deutsche übersetzt. Sie wird zeigen, dass je nach Windregime grosse Flächen, die weit über die Fantasie «20 km Radius um die betroffenen Kernkraftwerke» hinausgehen, stark kontaminiert werden. Das aktuelle föderale nukleare Katastrophenszenario basiert auf einer Fiktion, der perfekten kreisförmigen Kontamination.

Sie werden im Frühjahr mehr darüber erfahren, wir bereiten die Informationskampagne vor. In der Zwischenzeit ein grosses Dankeschön an NWA für seine Unterstützung!

*Philippe de Rougemont
Präsident von Sortir du nucléaire
Übersetzung Ruedi Rechsteiner*



Legende zur Grafik auf Seite 1 (Quelle: L'ILLUSTRÉ 41/18)

NWA Region Basel

<https://nwa-schweiz.ch/regionalgruppen/nwa-region-basel/>



AKW-Stillegungs- und Entsorgungskommissionen: NWA fordert Veränderungen in der Besetzung

Die AKW-Betreiber müssen Geld in je einen Fonds für die Stilllegung von AKW, und in einen für die Entsorgung radioaktiver Abfälle bezahlen, die sogenannten STENFO-Fonds. Die Fonds stehen unter Aufsicht des Bundes. Geleitet werden sie von einer Verwaltungskommission, die von einer Geschäftsstelle unterstützt wird.

Diese Kommission berechnet alle fünf Jahre die Kosten für die AKW neu. Die letzte Kostenschätzung der STENFO-Kommission vom Dezember 2016 lag bei 22,5 Mrd. Franken. Die Überprüfung dieser Schätzung durch das UVEK ergab im April 2018 gar Kosten von 24,5 Mrd.

NWA und Verbündete, wie die Schweizerische Energienstiftung SES oder Greenpeace, halten das immer noch für viel zu wenig. Skandalös war der Entscheid der STENFO-Kommission, dass die AKW-Betreiber weniger Beiträge zahlen müssten, trotz gestiegener Kosten. Die zwei Tricks zur Reduktion der Beiträge in den Fonds auf einen Drittel waren erstens: Die Verlänge-

rung der Einzahlungsdauer um 15 Jahre, und zweitens: Die Abschaffung des Sicherheitszuschlages von 30 Prozent, weil man ja jetzt die ultimative, genaue Kostenschätzung habe und keinen Sicherheitszuschlag mehr brauche. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: **Wer sitzt überhaupt in dieser STENFO-Verwaltungskommission, und wer entscheidet, wer da drin sitzen darf?**

Laut der STENFO-Verordnung des Bundes, Art. 21, haben die AKW-Eigentümer «Anspruch auf eine angemessene Vertretung, höchstens aber auf die Hälfte der Kommissionssitze». Da wird der Bock zum Gärtner gemacht. Die AKW-Eigentümer-Vertreter haben ein grosses wirtschaftliches Interesse, dass die Kosten so tief wie möglich angesetzt werden. Man stelle sich das in anderen Bereichen vor: Die Verursacher beispielsweise von Trinkwasserverschmutzungen dürften mitreden, wie viel Geld sie an die Beseitigung ihres Drecks beisteuern wollen.

Nur die Hälfte der Kommissionsmitglieder muss unabhängig sein, sie «dürfen zu den Ei-

gentümern in keiner Beziehung stehen, die den Anschein der Voreingenommenheit erwecken kann.» Mindestens bei zwei «unabhängigen» Mitgliedern gibt es Hinweise, dass dieses Kriterium möglicherweise nicht erfüllt ist:

Thomas Kieliger war 2002-2005 CEO der Elektrowatt Infra, einem Ingenieurunternehmen, das heute «Pöry Schweiz» heisst. Die Elektrowatt war u. a. am Bau des AKW Leibstadt beteiligt und hielt Beteiligungen an den AKW Gösgen und Leibstadt. Kieliger könnte somit aufgrund seiner Geschäfts-Vergangenheit voreingenommen sein.

Dr. Ines Günther-Leopold, Gruppenleiterin beim den AKW-Betreibern nahe stehenden Paul Scherrer Institut, lässt sich auf der Webseite «Women in Nuclear» zitieren mit: «Ich bin überzeugt, dass die Schweiz mit ihrem Mix aus Wasserkraft und Kernenergie eine sehr gute und verlässliche Energiepolitik betreibt.» NWA hat den Eindruck, dass dieses Statement durchaus einen Anschein der Voreingenommenheit erweckt.

NWA fordert, dass die STENFO-Verordnung so geändert wird, dass nur noch unabhängige Mitglieder in der Kommission dabei sein dürfen. Zudem sind in der Verordnung fachliche Profile zu fordern. Derzeit sitzt z.B. Irène Messerli in der Kommission, die Inhaberin eines PR-Büros. Wurde sie für die Beschönigung von STENFO-Entscheidungen gewählt oder wegen ihrer fachlichen Qualifikation bei der Kostenbeurteilung von AKW-Hinterlassenschaften?

Formell entscheidet der Bundesrat, wer in der STENFO-Kommission sitzen darf. Tatsächlich ist es aber die Kommission selbst, die Wahlvorschläge zuhanden des Bundesrats macht. Dies zeigt der STENFO-Jahresbericht 2017. Wir von NWA halten das für problematisch: So besteht die Gefahr, dass immer neue Mitglieder gewählt werden, die sich für die AKW-Betreiber statt für die SteuerzahlerInnen und die Allgemeinheit einsetzen. Die Wahlvorschläge sollten von unabhängiger Seite kommen, z.B. vom Bundesamt für Umwelt BAFU.

Jan Schudel, NWA Region Basel

NWA Solothurn

<https://nwa-solothurn.ch>



Klappe halten, wenn's um den Brandschutz im AKW geht?

NWA SO: Hartnäckigkeit zahlt sich aus!

Seit Jahren pfeifen es die Spatzen vom Kühlturm: Der Brandschutz beim AKW Gösgen ist eine Gefahr. NWA SO führte im Sommer 2017 Gespräche mit Zeugen. Zahlreiche Dokumente und Fotos konnten gesichtet werden. Tamedia-Journalisten prüften vor Ort. Die Sonntagszeitung versprach mit fixem Datum die Publikation zur Horror-Story mit den undichten Brandschutzklappen und den erhärteten Hinweisen auf Vertuschungsversuche im AKW Gösgen. Doch plötzlich wurde die Publikation verschoben, später abgesagt. Hatte jemand Angst vor einem Info-Flächenbrand? Wer gebot «die Klappe zu halten»?

Die Wogen gingen hoch im Sommer 2017. Die wirtschaftliche Lage der AKW-Betreiber ist prekär. Risikokapital für todgeweihte Projekte sind kaum erhältlich. Strompreise im Sinkflug. Sparmassnahmen sind auch bei den AKW-Betreibern in Diskussion. Partnerschaften mit externen Fachpersonen werden gekündigt. Die Fluktuation der Spezialisten ist besorgniserregend.

Vertrauliche Quellen erzählten über Mängeln im AKW Gösgen, die den Brandschutz betreffen. Technischer Fortschritt, Erkenntnisse zu den Risiken, Erfahrungen mit Unfällen und Katastrophen zeigen auf: Fehlender Brandschutz führt beim Ereignis «Feuer» zum Super-GAU.

NWA SO bekam im Sommer 2017 die Gelegenheit, mit Zeugen zu sprechen, die das Innenleben des AKW Gösgen bestens kennen. Verlangte Nachweise wurden erbracht, eidesstattliche Erklärungen von Zeugen notariell beglaubigt. Fazit: Bereits 2014 wurde der defekte Stand der Brandschutzklappen festgestellt und gemeldet, über drei Monate wurden offene Kabel-Abschottungen bemängelt und Lösungsvorschläge erfragt.

Doch was geschah? Welche Rolle spielte das aufsichtsführende Eidgenössische Sicherheitsinspektorat ENSI, oder der Kanton SO, der in Sachen Brandschutz eine wichtige Verantwortung wahrzunehmen hat?

Gemäss ENSI erfolgte die «Pflichtmeldung» des AKW Gösgen erst 2016. Im April 2017

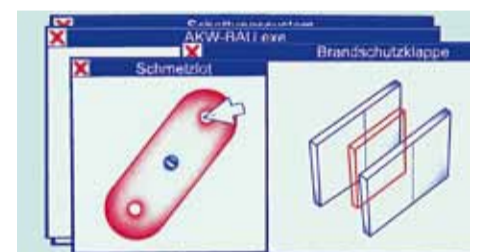
führte das ENSI eine Inspektion durch und hält u.a. die Mängel bei den 40-jährigen Brandschutzklappen fest, da «diese nicht mehr dem heutigen Stand der Technik» entsprechen. Ende 2017 reichen die AKW-Betreiber das geforderte Konzept ein, inkl. Sofortmassnahmen. Das Konzept «Ersatz Brandschutzklappen» beurteilte das ENSI als ungenügend. Bis Ende September 2018 musste das AKW Gösgen nun ein Detailkonzept einreichen.

Aufgrund der Recherchen vom «correctiv» gelangen nun Fakten an die Öffentlichkeit. Das AKW Gösgen lässt verlauten, die «auffälligen Brandschutzklappen» seien bereits instandgestellt. Das ENSI hält fest, «die Planung und Umsetzung des Vorhabens» müsse beschleunigt werden und verlangt eine Überprüfung der geplanten Abwicklung des Projektes, geeignete organisatorische und klare Festlegung der Prioritäten.

Fragen bleiben offen! Vom Bundesrat verlange ich mit einer Interpellation «behördliche Fakten» zu Risiken, Funktionsfähigkeit, Kosten und Garantie der Sicherheit der Be-

völkerung. Noch steht die Antwort aus. Wird die Tamedia über die Ergebnisse berichten? Kriegen die AKW-Betreiber die Brandschutzklappen dicht? Oder war es bis zur Publikation des «correctiv» einfacher, zu versichern, dass die Schweizer Medien die Klappe halten statt dass die Brandschutzklappen die Sicherheitsauflagen beim Ereignis «Feuer» einhalten?

Philipp Hadorn, Präsident NWA SO



Quelle: Brandschutzklappen im AKW // correctiv.org

<https://www.youtube.com/watch?v=bP8TIRqzBb4>

<https://correctiv.org/top-stories/2018/09/12/brandgefaehrlich-so-marode-ist-der-brandschutz-in-europas-atomkraftwerken/>

NWA 55plus

<https://nwa-schweiz.ch/regionalgruppen/nwa-55plus/>



Dokumentationsstelle Atomfreie Schweiz: Ein Donator stellt seine Sammlung vor

Kouky Kuster ist ein Donator der ersten Stunde. Er bereichert regelmässig die Dokustelle mit tausenden von Dokumenten über die atomaren Risiken und Unfälle seit der Zündung der ersten Atombombe.

Kouky sammelt seit Jahren Informationen im World Wide Web, druckt sie auf Papier, die er zu Büchern bindet, oder er brennt sie auf CD-ROM. So entstand eine äusserst reichhaltige und einmalige Sammlung mit Zeugnissen des atomaren Wahnsinns. Anlässlich der 75. Box mit CD-ROMs stellte Kouky am 29. September einer interessierten Zuhörerschaft seine Sammlung vor.

Dabei erfuhren wir unglaubliche Geschichten, von denen seine Dokumente berichten. Von radioaktivem Abfall, der tonnenweise im Meer versenkt wird. Von Atombombenversuchen, bei denen Beteiligte ungeschützt zusahen. Von Plutonium, das unauffindbar verschwunden ist und noch vieles mehr.

Ein Teil von Koukys Sammlung ist bereits festgehalten auf atomfrei.ch.

Ganz herzlichen Dank an Kouky für diese immense Arbeit und für die unterhaltsame Präsentation seiner Sammlung!

Aernschd Born, Kurator



Kouky Kuster in Action

ZUR SACHE

Beiträge in den Entsorgungsfonds sind 17-mal zu tief

Der Bund hat die Ämterkonsultation zur Revision der Verordnung für die Stilllegungs- und Entsorgungsfonds gestartet. Darin werden die Weichen gestellt, wie in Zukunft das Geld für die Stilllegung und Entsorgung unserer AKW angespart wird, und wie diese Fonds geleitet werden. Dabei sollen wider besseres Wis-

sen massiv zu tiefe Beiträge festgelegt werden.

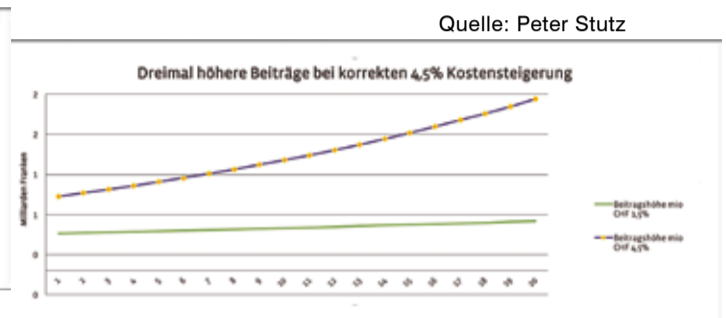
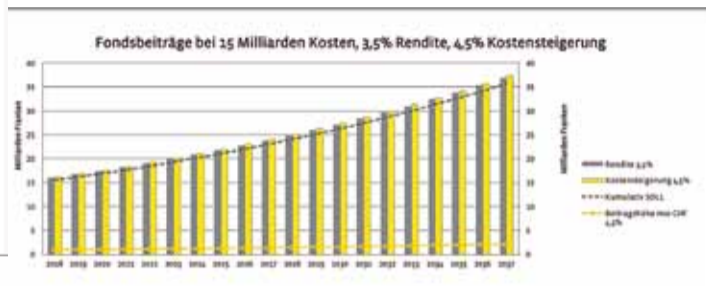
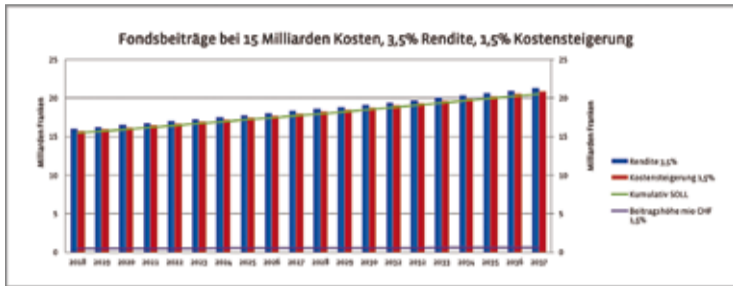
Die Mittel in beiden Fonds sind 2017 wieder angewachsen. Im Stilllegungsfonds liegen 2'493 Mio. Franken, im Entsorgungsfonds 5'329 Mio. Franken. Positiv betrachtet: Das ist so viel wie noch nie!

Etwas realistischer betrachtet: Da fehlen noch 1'286 Mio. Franken im Stilllegungsfonds und 15'473 Mio. Franken im Entsorgungsfonds. Total fehlen 16'759 Mio. Franken.

Es gibt in der geltenden Verordnung zu den beiden Fonds eine Definition der Mechanis-

Total unlogisch. Aber verständlich, wenn man bedenkt, dass die AKW-Betreiber die Fonds steuern.

Pro Jahr sollen nur noch 53 Mio. Franken in den Entsorgungsfonds einbezahlt werden. Dabei müssten das, bei einem Zeitraum von 20 Jahren und den 1,5% Kos-



Quelle: Peter Stutz



News aus Bundesbern

40 Jahre könne die Lebensdauer eines AKW sein, glaubte die Bewilligungsbehörde 1978. So auch für das AKW Gösgen. Klar brauche es regelmässigen Unterhalt und Investitionen, um dem technischen Fortschritt standhalten zu können. Aber nach 40 Jahren erachteten auch viele «Atom-Gläubige» die Zeit zum Übertritt in den Stilllegungsmodi nach erfülltem Lebensauftrag als angebracht.

So auch der damals zuständige Kanton Solothurn, der den AKW-Betreibern in Gösgen die gewünschte Konzession betreffend «Entnahme und Rückgabe von Kühlwasser, Betrieb einer Grundwasserfassung sowie Geschwemmselrückführung» für 40 Jahre erteilte.

Jahre zogen dahin. Heute liegt die Zuständigkeit beim Bund. Das alternde AKW sieht sich der Konkurrenz junger, effizienter, umweltschonender und erneuerbarer Energiequellen ausgesetzt. Diese sind im Vollkostenvergleich bereits im Betrieb bedeutend günstiger. Zudem ist die Risikosituation für die Bevölkerung unvergleichbar kleiner. Mit dem beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie hatte sich der Wind gerade noch einmal gegen AKW gewendet. Die Devise scheint im Moment: Möglichst lange die al-

ten Reaktoren laufen zu lassen und die Unterhaltskosten auf dem Minimum zu halten.

Das AKW Gösgen ersuchte um eine Konzessionsverlängerung i.S. «Wassernutzung». NWA SO legte am 14. Sept. 2017 Einsprache ein. Ende Juni 2018 konnten wir zu weiterem Schriftverkehr Stellung nehmen und dann geschah ... nichts mehr.

Am 19. September 2018 stellte ich eine Frage im Parlament an den Bundesrat (BR) mit dem Titel: «Wird das AKW Gösgen bald ausgeschaltet oder ohne Bewilligung betrieben? Oder gibt es gar ein abgekartetes Verfahren?»

Bevor die Antwort mir am 24. Sept. 2018 eröffnet wurde, erhielt ich, datiert vom 20. September 2018, Post vom UVEK: Die Verfügung mit der Konzessionserteilung an die AKW-Betreiber. Der BR antwortete mir auf die Frage, was bei einem «Weiterzug» geschehe: «Einer allfälligen Beschwerde gegen diesen Entscheid wurde vorsorglich die aufschiebende Wirkung entzogen. Damit ist ein ununterbrochener Weiterbetrieb des KKG möglich.» Und eine Frage bleibt offen: **Weshalb nahm das AKW Gösgen 10 Tage vor Ablauf der erforderlichen Konzession für eine Betriebsbewilligung keinerlei Vorkehrungen für eine Ausserbetriebsetzung vor? Doch ein abgekartetes Spiel zwischen UVEK, ENSI und dem AKW?**

*Philipp Hadorn
NR SP SO & Präsident NWA SO*

men, wie das fehlende Geld zusammenkommen soll, bis es gebraucht wird. Zuerst einmal die Annahme, wie lange ein AKW laufen wird, bis es stillgelegt wird. Je weiter die Stilllegung in die Zukunft verlegt wird, desto weniger muss man pro Jahr in die Fonds einzahlen.

Ursprünglich wurden die drei AKW Beznau 1, Beznau 2 und Mühleberg für eine Betriebsdauer von 30 Jahren gebaut. Schon in den Neunzigerjahren wurde diese Betriebsdauer für die Berechnung der Einzahlungen in die Fonds auf 40 Jahre verlängert. Die Bundesräte Merz und Blocher haben es dann fertiggebracht, die Betriebsdauer auf 50 Jahre zu verlängern, und durchgesetzt, dass den AKW-Betreibern 2008 55 Mio. Franken aus dem Entsorgungsfonds und 15 Mio. Franken aus dem Stilllegungsfonds zurückbezahlt wurden. Weil sie wegen der rechnerischen Verlängerung der Betriebsdauer plötzlich «zu viel» einbezahlt hatten.

Alpiq und Axpo fordern nun seit Jahren, diese Betriebsdauer nochmals auf 60 Jahre zu verlängern, dann hätten sie schon wieder «zuviel» einbezahlt und müssten pro Jahr weniger einzahlen.

Im Anhang 1 der Verordnung wurden dann die weiteren Steuerfaktoren festgelegt: Es wird mit einer Anlagerendite von 3,5% gerechnet, und mit einer Kostensteigerung von 1,5% pro Jahr.

Die erste Zahl kann man gelten lassen, denn die Rendite auf den Geldern im Fonds lag in den letzten 15 Jahren tatsächlich bei 3,9%.

Das grosse Problem ist die zweite Zahl. Die Kostensteigerung lag in den letzten 16 Jahren real bei 4,3%, nicht 1,5%. Diese 1,5% sind eine politische Zahl, um die Betreiber der AKW zu schonen.

Nach Fukushima kam der Bundesrat 2015 auf die Idee, einen Sicherheitszuschlag von 30% einzubauen, um die Risiken der Kostensteigerung abzufedern. Die AKW-Betreiber klagten dagegen. Das Bundesgericht gab dem Bundesrat recht:

Die 30% Sicherheitszuschlag sind gerechtfertigt. Das gilt für die Jahre 2015 und 2016. Für 2017 hat die Leitung der Fonds bereits wieder dreimal tiefere Beiträge in die Fonds verfügt, weil die Kosten auf 2 Milliarden Franken gestiegen seien.

tensteigerung der Verordnung, 464 Mio. Franken zu Beginn bis 616 Mio. Franken am Ende dieser 20 Jahre sein. Bei Anwendung der korrekten 4,5% Kostensteigerung sind es gar 928 Mio. Franken zu Beginn bis 2142 Mio. Franken am Ende dieser 20 Jahre. **Die Verfügung der STENFO vom Dezember 2017 liegt also um den Faktor 17 zu tief.**

In der neuen Verordnung zu den Fonds soll nun der Sicherheitszuschlag wieder gestrichen werden, da läuft ein politisches Powerplay der AKW-Betreiber. Aktuell dreht sich die Diskussion um diese Sicherheitszuschläge: 30%? 12%? 5%? Gar keine?

Dabei geht vergessen, dass diese Sicherheitszuschläge nur ein Flick waren, um die falschen 1,5% Kostensteigerung in der Berechnungsformel zu korrigieren. Besser wäre es, man würde von Anfang an die korrekte Kostensteigerung von 4,5% in die Formel aufnehmen. Das klingt einfach, hätte aber gigantische Auswirkungen. Die AKW-Betreiber müssten die korrekten, bis zu siebzehnmals höheren Beiträge einzahlen.

Die KK Leibstadt AG und die KK Gösgen AG müssten ihre Bilanz deponieren und gingen Konkurs, oder müssten von den Eigentümern gerettet werden. Dasselbe würde gleich noch mit Alpiq und Axpo passieren. Dem sagt man Sachzwang: «Achtung, wenn ihr Politiker die Frechheit hättet, die Kostensteigerung korrekt in die Berechnung einzubeziehen, dann gehen obige vier Firmen in Konkurs, und ihr dürft sie dann mit rund 10 Milliarden Franken retten. Wollt ihr das?»

Und der bürgerliche Politiker stammelt: «Nein, lieber nicht. Verschieben wir das Problem mithilfe einer falschen Berechnung einfach in die ferne Zukunft. Dann sind andere zuständig.»

Peter Stutz

NWA Mitglied werden

Werde NWA Mitglied und unterstütze aktiv unser Engagement für den Atomausstieg und die Energiewende.

Jahresbeitrag 50.00 CHF

Anmeldung direkt via <https://nwa-schweiz.ch> oder mit diesem Talon per Post an: NWA Schweiz, Murbacherstrasse 34, 4056 Basel

Vorname, Nachname.....

Adresse.....

Postleitzahl, Ort.....

E-Mail.....

Telefon.....

Lieben Dank! Du erhältst von uns die Unterlagen für die Mitgliedschaft.

<https://nwa-schweiz.ch>

Herzlichen Dank für Ihre Spende auf das PostFinance Konto von NWA Schweiz
IBAN CH42 0900 0000 4000 8355 3
BIC POFICHBEXXX

Herausgeber & Impressum
NWA (Nie Wieder AKW) Schweiz
Murbacherstrasse 34, 4056 Basel
<https://nwa-schweiz.ch>
sekretariat@nwa-schweiz.ch
Telefon +41 61 322 49 20
Redaktion Peter Stutz
Layout Aernschd Born
Druck Grafisches Service-Zentrum WBZ
Erscheint 4 x jährlich